



5. Europatag der Bundeszahnärztekammer am 2. Juni 2010 in Berlin

**Gesundheitspolitik in Deutschland und Europa –
Auf dem Weg zum mündigen Patienten?**

**Rede
Dr. Peter Engel
Präsident der Bundeszahnärztekammer**

Sehr geehrte Herren Abgeordnete,
Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich begrüße Sie ganz herzlich zum **5. Europatag** der Bundeszahnärztekammer in Berlin.

Wir haben uns für den Europatag mit der **Hörsaalruine** des Berliner Medizinhistorischen Museums **der Charité** einen ganz besonderen Ort ausgesucht, der aber bitte nicht sinnbildlich für das Thema „**Gesundheitspolitik in Deutschland und Europa – Auf dem Weg zum mündigen Patienten?**“ verstanden werden darf!

Die Auseinandersetzung um die Kostenexplosion im Gesundheitswesen und steigende Krankenkassenbeiträge erweckt allzu leicht den Eindruck, dass das „**Finanzielle**“ alleiniger Dreh- und Angelpunkt der Gesundheitspolitik geworden ist.

Das stimmt nicht. Es ist der Patient, der allen Unkenrufen zum Trotz im Mittelpunkt der medizinischen und zahnmedizinischen Versorgung steht.

Dies lässt sich sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene an aktuellen Entwicklungen belegen.

In **Deutschland** wird seit Monaten um ein neues **Patientenrechtegesetz** gerungen. Wolfgang Zöller, der Patientenbeauftragte der Bundesregierung hat dabei die nicht einfache Aufgabe, das bestehende Recht zusammenzufassen und weiterzuentwickeln. Erst vor kurzem wurde der Fahrplan für das geplante Patientenrechtegesetz vorgestellt: Bis Ende 2010 soll ein Diskussionspapier vorgelegt werden, das Grundlage für die parlamentarischen Beratungen im kommenden Jahr sein soll.

Gleichzeitig schickt sich die **Europäische Union** an, die Patientinnen und Patienten noch stärker in den Fokus der europäischen Gesundheitspolitik zu rücken.

Es mag dabei nicht leicht fallen, **Brüssel auch in diesem Bereich als Akteur der Gesundheitspolitik** zu sehen.

Auch nach Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages bleibt es bei der Hoheit der Mitgliedstaaten für Organisation und Finanzierung der Gesundheitssysteme. Die Ausgestaltung der Patientenrechte fällt damit grundsätzlich in die Kompetenz der Mitgliedstaaten.

Und dennoch schafft eine **grenzüberschreitende Mobilität Sachverhalte**, die noch vor wenigen Jahren unbekannt waren:

Etwa der **deutsche Rentner**, der den verdienten Ruhestand auf Mallorca verbringt oder der Student, der im Rahmen des Erasmus-Programmes mit EU-Mitteln gefördert ein bis zwei Semester im Ausland verbringt, ganz zu schweigen von den Pendlern in den Grenzgebieten.

So erstaunt es nicht, dass das **Patientenwohl** ein wesentlicher Leitgedanke der europäischen Gesundheitspolitik ist und mit Sicherheit bleiben wird. Wiederholt hat der neue EU-**Gesundheitskommissar John Dalli** erklärt, dass er in seiner Arbeit den **Patientenrechten** mehr Bedeutung und Aufmerksamkeit beimessen möchte.

- Aktuell wird über eine **Richtlinie** beraten, die die **Rechte der Patienten** bei der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung sicherstellen soll. Auch wenn das ob und wie der Kostenerstattung ambulanter und stationärer Auslandsbehandlungen Kern der Richtlinie ist, spielen die Rechte der Patienten dabei eine wichtige Rolle.
- Unter Federführung der Europäischen Kommission wird zudem über **Qualitätsstandards** diskutiert, die eine wichtige Grundlage für eine patientenorientierte Gesundheitsversorgung bilden könnten.
- Im **Pharmabereich** soll eine neue Richtlinie Patienten zudem den Zugang zu **Informationen über Arzneimittel** erleichtern.

Für die **deutsche Zahnärzteschaft** sind die jüngsten Entwicklungen sowohl auf nationaler als auch europäischer Ebene von besonderer Bedeutung.

Sie haben unmittelbare Auswirkung auf den Alltag in den Praxen und das **Verhältnis zwischen Zahnarzt und Patient**.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle die Bemerkung, dass dieses Vertrauensverhältnis die wahre Grundlage für eine patientenorientierte Gesundheitsversorgung ist.

Neue gesetzliche Bestimmungen können daher bestenfalls ergänzend wirken.

Meines Erachtens bietet gerade die **freiberuflich geprägte Organisationsstruktur der Zahnärzteschaft** in Deutschland eine wesentliche Garantie für eine hochwertige Patientenversorgung.

Eine **freiberufliche Zahnärzteschaft** gewährleistet im Interesse der Patientinnen und Patienten Therapiefreiheit und freie Arztwahl.

Dabei ist ein **gute Ausbildung ist der Schlüssel** für eine hochwertige flächen-deckende Versorgung und **gelebten Patientenschutz**.

Umso kritischer sehen wir die durch den **Bologna-Prozeß** ausgelösten Bestrebungen, zwecks besserer internationaler Vergleichbarkeit medizinische und zahnmedizinische Studiengänge bereits nach drei bis vier Jahren abzuschließen.

Lassen Sie uns heute daher auch bei den Patientenrechten den **Brückenschlag machen** zwischen dem was als „unüberbrückbar“ erscheint: Brüssel und Berlin.

Zu diesem Zweck haben wir spannende Gäste aus dem Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission, dem deutschen Bundestag und anderen Verbänden eingeladen, mit denen wir in zwei Panels die **Gemeinsamkeiten** und **Unterschiede** zwischen nationaler und europäischer Ebene diskutieren wollen.

Das Feld unserer Diskussion wird zunächst Prof. Dr. **Winfried Boecken** von der Universität Konstanz mit seinem Impulsreferat abstecken.

Unter Moderation von **Udo van Kampen**, Leiter des ZDF-Studios in Brüssel, gehen

- Dr. **Dietmar Oesterreich**, Vizepräsident der Bundeszahnärztekammer
- **Dietrich Monstadt**, (CDU), Mitglied Ausschuss für Gesundheit des Deutschen Bundestages
- **Dr. Wolfgang Doneus**, Präsident des Council of European Dentists,
- und **Gregor Bornes**, Bundesarbeitsgemeinschaft der PatientInnenstellen und -initiativen

der Frage nach, ob „**Der Patient im Mittelpunkt der Gesundheitspolitik steht**“ und skizzieren dabei die Entwicklungen auf europäischer und deutscher Ebene.

Unter Moderation von **Petra Spielberg**, Fachjournalistin für Gesundheits- und Sozialpolitik wenden sich danach

- Dr. **Jorgo Chatzimarkakis** (FDP), stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Umwelt und Gesundheit des Europäischen Parlaments
- **Katja Neubauer**, von der Europäischen Kommission
- Prof. Dr. **Reiner Biffar**, von der Universität Greifswald
- und mein Kollege Dr. **Michael Frank**, Vizepräsident der Bundeszahnärztekammer

der Frage zu „*Patientenschutz durch Qualitätssicherung – Was kann Europa leisten?*“

Ein Resümee zieht Prof. Dr. **Burkhard Tiemann**, von der Katholischen Hochschule für Sozialwesen NRW, Köln.

Ich freue mich auf eine spannende und durchaus kontroverse Diskussion und wünsche uns allen einen fruchtbringenden Europatag!